



An die
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 07. Dezember 2020

**Politischer Bericht für die Sitzung der Bundestagsfraktion
am 07. Dezember 2020**

Inhalt

1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE.....	3
2. ZUR LAGE	5
3. ZUR WOCHE.....	7
#GeldindieHand.....	7
Epl. 08 Bundesministerium der Finanzen: Wir unterstützen Holocaust- Überlebende und investieren in den Zoll.....	7
Epl. 09 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Wirtschaft stabilisieren, Zukunft vorbereiten	8
Epl. 16 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: Klimaschutz ist uns wichtig.....	9
Epl. 10 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Das Ziel der nachhaltigen Ernährung und Landwirtschaft.....	9
Epl. 30 Bundesministerium für Bildung und Forschung: Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung.....	10
Epl. 04 Bundeskanzleramt: Kultur als Anker der Gesellschaft	10
Epl. 05 Auswärtiges Amt: Internationale Herausforderungen verlangen Mittelaufstockung	11
Epl. 14 Bundesministerium der Verteidigung: Für den Schutz unserer Soldat*innen.....	11
Epl. 23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit	12

Epl. 06 und 21: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat: Investitionen in den Zusammenhalt der Gesellschaft.....	12
Epl. 07 Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz: Bürger*innen schützen – in vielerlei Hinsicht.....	13
Epl. 15 Bundesministerium für Gesundheit: Die Gesundheit als höchste Priorität	14
Epl. 17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Etat des Familienministeriums auf Rekordniveau	14
Epl. 12 Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur: Mit aller Kraft für eine klimafreundliche Mobilität.....	15
Epl. 11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Arbeit erhalten, gesetzliche Rentenversicherung stabilisieren.....	16

1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE

#GeldindieHand

Wir wollen gut durch die Krise kommen – gesundheitlich, wirtschaftlich, sozial. Und genau darauf konzentrieren wir uns im Bundeshaushalt 2021. Wir schützen die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, stabilisieren die Wirtschaft und stellen die Weichen für die Zukunft. Und setzen dafür mit 498,6 Mrd. Euro einen Rekordhaushalt auf. Natürlich bedeutet das, mehr Schulden als geplant aufzunehmen. Ausnahmesituationen wie diese sind ein Kraftakt. Doch wer jetzt zögert und zaudert, wer kaputtspart, hat später den größeren Schaden. Unser Land kann es sich leisten, jetzt Geld in die Hand zu nehmen, weil wir in den vergangenen Jahren solide gehaushaltet haben. Nach der Krise werden wir die Lasten gerecht verteilen müssen. Für uns Sozialdemokrat*innen kann das nur heißen: Starke Schultern werden hier mehr tragen müssen als schwache.

Dezemberhilfen und Überbrückungshilfe III: Wir halten zusammen

Wir halten zusammen und setzen darauf, dass bald die Impfungen starten können, damit das Ende der Pandemie absehbar ist. In den kommenden Wochen werden wir aber noch mit Einschränkungen leben müssen, denn das Virus macht keine Pause – die Infektionszahlen sind immer noch viel zu hoch. Olaf Scholz hat darum für alle, die durch die Einschränkungen kein Geld verdienen können, die Unterstützung der Novemberhilfe auch in den Dezember verlängert. Damit werden Umsatzeinbußen um bis zu 75 Prozent abgedeckt. Jetzt muss Wirtschaftsminister Altmaier endlich dafür sorgen, dass alle schnell an ihr Geld kommen – denn er ist für die Umsetzung verantwortlich. Ab Januar wird es dann die Überbrückungshilfe III geben. Sie verlängert und ergänzt die bestehenden Hilfsangebote und hat auch eigene Regelungen für Soloselbstständige.

Mehr Tempo im Kampf gegen den Klimawandel

Europa muss weltweit an der Spitze stehen im Kampf gegen den Klimawandel und bei der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Das heißt auch: Das bisherige Klimaziel von 40 Prozent CO₂-Einsparungen bis 2030 reicht nicht aus. Wir brauchen ein Reduktionsziel von mindestens 55 Prozent bis 2030. Darauf muss sich der Europäische Rat einigen. Und der Rat der Umweltministerinnen und -minister muss das Mitte

Dezember dann beschließen. Auch Deutschland will bis 2050 klimaneutral und umweltfreundlich leben und wirtschaften. Die Energiewende ist eine Kraftanstrengung, die wir nur gemeinsam schaffen können. Das Klimaschutzgesetz, der Kohleausstieg, das Konjunkturpaket und die Wasserstoffstrategie sind gute Grundlagen, auf denen wir aufbauen können. Der vom BMWi vorgelegte Gesetzentwurf zur Reform des EEG reicht jedoch nicht aus. Vielmehr müssen wir die Energiewende zum Mitmachprojekt für alle machen. Das ist unser Ziel und muss für alle funktionieren – egal, ob mit kleinem oder großem Geldbeutel, in der Stadt ebenso wie auf dem Land. Deshalb wollen wir die EEG-Umlage abschaffen, denn sie belastet Durchschnittsverdiener besonders schwer. Wir wollen zudem selbsterzeugte Energie durch Solardächer stärker fördern und Bürger*innen durch kommunale Beteiligungsmodelle und Grünstrom-Anleihen stärker miteinbeziehen.

Verlässlicher Arbeitsschutz auch in der Fleischwirtschaft

Der Weg ist endlich frei für den Abschluss des Arbeitsschutz-Kontroll-Gesetzes und dessen Inkrafttreten zum neuen Jahr. Arbeit darf nicht krank machen. Darum sorgen wir für verlässlichen Gesundheitsschutz bei der Arbeit – mit häufigeren Kontrollen und einer Mindest-Kontrolldichte. Auch in der Fleischwirtschaft dürfen sich Arbeitgeber der Verantwortung für ihre Beschäftigten nicht entziehen. Deshalb sorgen wir auch dort jetzt für Recht und Ordnung. Wir machen Schluss mit Arbeitszeitbetrug und Gammel-Unterkünften.

Wir sorgen für konsequente Durchsetzung des Arbeitsschutzes, ein Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen in den Schlachthöfen, konsequente Arbeitszeitaufzeichnung und Verbesserungen bei der Unterbringung. Aber auch darüber hinaus stärken wir überall den Arbeitsschutz und setzen einheitliche Maßstäbe und eine Mindestquote für Kontrollbesuche durch.

2. ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

in dieser Woche beschließen wir den Bundeshaushalt 2021. Ein Haushalt, geprägt durch die Mammutaufgabe, die Pandemie zu bekämpfen: Wir schützen die Gesundheit der Bürger*innen, stabilisieren die Wirtschaft und stellen die Weichen für die Zukunft. Das kostet Geld: mit 498,6 Mrd. Euro stellen wir einen Rekordhaushalt auf. Natürlich bedeutet das höhere Schulden – die hat keiner gerne. Doch wer in dieser Ausnahmesituation zögert und zaudert, wer in die Krise hinein spart, hat später den größeren Schaden. Unsere solide Haushaltspolitik der vergangenen Jahre lässt uns diesen Spielraum. Wenn der Sturm vorübergezogen ist, werden wir uns der Schulden annehmen – mit einem klugen, langfristigen und fairen Plan. Dabei werden starke Schultern mehr tragen müssen, um die Lasten dieser schweren Krise gerecht zu verteilen.

Die AfD will weiterhin Unruhe stiften, Hass sähen und offenkundig unsere parlamentarische Demokratie zersetzen. Wir Sozialdemokrat*innen stehen: Keine gemeinsame Sache mit einer Partei, die unser Land spalten und die Axt an den demokratischen Konsens unserer Verfassung anlegen will. Das sollte auch für alle anderen demokratisch legitimierten Parteien gelten, uneingeschränkt. Doch die CDU in Sachsen-Anhalt ist offenbar bereit, diesen Konsens jetzt aufzukündigen – wegen einer Rundfunkgebührenerhöhung von 86 Cent im Monat. Dabei hatten CDU-Präsidium und -Vorstand im Juni 2019 jegliche Zusammenarbeit mit der AfD ausgeschlossen. Jeder, der für eine Annäherung oder gar Zusammenarbeit mit der AfD plädiert, hatte CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak betont, müsse wissen, dass er sich einer Partei annähert, die rechtsextremes Gedankengut, Antisemitismus und Rassismus in ihren Reihen bewusst duldet. Wir erwarten von den Christdemokrat*innen, dass sie diesen Beschluss nun auch tatsächlich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln durchsetzen.

Und gerade, weil die AfD und andere demokratiefeindliche Kräfte unverhohlen rassistisches Gedankengut verbreiten und unsere Demokratie in Frage stellen wollen, ist es richtig, dass die Bundesregierung sich des Themas Rechtsextremismus verstärkt annimmt – etwa mit dem jetzt beschlossenen Maßnahmenbündel des Kabinettsausschusses gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Rund eine Milliarde Euro stellt die Regierung in den nächsten vier Jahren für Programme zur Demokratieförderung und Extremismusprävention bereit und sichert so langfristig und verlässlich Programme

der Zivilgesellschaft. Mit einem „Gesetz zur Förderung der wehrhaften Demokratie“ sollen verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen und eine dauerhafte Finanzierung garantiert werden. Außerdem wird das Amt eines Antirassismusbeauftragten geschaffen, der zentraler Ansprechpartner für Betroffene sein wird. Mit den Beschlüssen stärkt der Kabinettausschuss das Bewusstsein der Bürger*innen, sich jeder Form von Rechtsextremismus und Rassismus entgegenzustellen und für eine vielfältige und chancengerechte Gesellschaft in Deutschland einzustehen.

Euer

Gez. Dr. Rolf Mützenich

3. ZUR WOCHE

#GeldindieHand

Der Bundeshaushalt 2021 steht im Zeichen der Corona-Pandemie. Auch im kommenden Jahr sind zusätzliche Mittel notwendig, um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen und die Wirtschaft zu stabilisieren. Darüber hinaus stärken wir mit dem Bundeshaushalt 2021 den Sozialstaat, verbinden Ökologie mit Ökonomie, festigen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und stellen die Weichen für die Zukunft unseres Landes. Insgesamt stellen wir dafür 498,6 Milliarden Euro bereit - ein Rekordhaushalt.

Für den nächsten Bundeshaushalt nehmen wir mehr Schulden auf als geplant: Die Nettokreditaufnahme musste von 96,2 Milliarden Euro auf 179,8 Milliarden Euro angehoben werden - nach 217,8 Milliarden Euro in diesem Jahr. Wir haben die Kraft, das Nötige finanziell zu stemmen, weil wir in den vergangenen Jahren solide gehaushaltet haben. Die erneute Ausnahme von der Schuldenregel ist möglich, da mit der anhaltenden Corona-Pandemie eine außergewöhnliche Notsituation vorliegt, die sich der Kontrolle des Staates entzieht und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt. Nach der Krise werden wir die Lasten aus dieser Pandemie gerecht verteilen müssen. Für uns Sozialdemokrat*innen kann das nur heißen: Starke Schultern werden hier mehr tragen müssen als schwache.

Epl. 08 Bundesministerium der Finanzen: Wir unterstützen Holocaust-Überlebende und investieren in den Zoll

Der Etat des BMF steigt von 7,9 auf mehr als 8,7 Mrd. Euro. Das hat gute Gründe. Wir stocken die Leistungen für **schwerstpflegebedürftige Holocaust-Überlebende** um rund 340 Mio. Euro auf. Die Empfänger*innen erhalten eine einmalige Pauschalzahlung für COVID-19 bedingte Zusatzleistungen sowie 75 Mio. Euro für die häusliche Pflege.

Darüber hinaus wollen wir auch in Zukunft illegale Beschäftigung eindämmen und den Missbrauch von Sozialleistungen verhindern. Deshalb erhöhen wir die Gelder für den **Zoll**. Konkret heißt das: 65 Millionen für den Bau von Einsatztrainingszentren des Zolls sowie weitere 88 Millionen für neue Zollboote sowie die IT-Ausstattung. Damit sorgen wir für faire und gerechte Arbeitsbedingungen und schützen Arbeitnehmer*innen vor

Ausbeutung. Mit zusätzlichen rund 146 Mio. Euro stärken wir das **Informationszentrum Bund (ITZ-Bund)** und leisten einen Beitrag für mehr Digitalisierung in den Bundesministerien und der Bundesverwaltung.

Epl. 09 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Wirtschaft stabilisieren, Zukunft vorbereiten

In der **Wirtschafts- und Energiepolitik** wollen wir auch in Zukunft Ökonomie, Ökologie und Soziales miteinander verschränken. Ein Flaggschiff ist der Aufbau einer ökonomisch erfolgreichen und nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft, die beispielsweise für eine nachhaltige Stahl- und Chemieproduktion entscheidend sein wird. In den Jahren 2021 bis 2024 wird die **Wasserstoffstrategie** mit 6,8 Mrd. Euro umgesetzt. Es ist außerdem unsere Aufgabe, uns für die Zukunft zu rüsten. Daher werden **Künstliche Intelligenz** und **Quantentechnologie** mit jeweils 2 Mrd. Euro gefördert.

Darüber hinaus fördern wir den Mittelstand, investieren in Weiterbildung und Qualifizierung, in Forschung und Entwicklung. Dabei fokussieren wir die Branchen, die besonders von der Corona-Pandemie und dem Strukturwandel betroffen sind: Automobilbranche und Zulieferindustrie, Tourismus, Kohleindustrie und viele mehr. So konnten wir beim jüngsten Autogipfel neben vielen anderen Projekten eine Milliarde für den **„Zukunftsfonds Automobilindustrie“** verhandeln, um in regionalen Clustern die notwendigen Transformationsprozesse anzukurbeln und Arbeitsplätze zu erhalten. Außerdem stärken wir die Deutsche Zentrale für Tourismus und das Kompetenzzentrum für Tourismus. Beide Institutionen haben großen Anteil daran, dass Deutschland eines der attraktivsten Reiseziele weltweit ist. Gerade auch in ländlichen und häufig auch strukturschwächeren Regionen ist der **Tourismus** ein wichtiger Wirtschaftsanker.

Die **Unterstützung strukturschwacher Regionen** ist eines unserer zentralen Anliegen, denn viele aussichtsreiche, innovative Projekte benötigen viel Geld. Daher haben wir die Mittel für das zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) um 74 Mio. Euro auf 635,5 Mio. Euro erhöht. Das ZIM muss ab nächstem Jahr 55 statt bisher 40 Prozent verpflichtend an strukturschwache Regionen ausschütten.

Außerdem fördern wir das Investitionszuschussprogramm „Digitaler Mittelstand“ noch einmal mehr, ebenso wie überbetriebliche Bildungsstätten. Auf Drängen der SPD-Fraktion ist erstmals der Bundeswettbewerb "Zukunft Region" im Finanzplan aufgeführt. Wir setzen Impulse für Neuanfänge im deutschen Mittelstand – mit dem Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse aller Bürger*innen.

Auch die **Überbrückungs- und Soforthilfen** zur Bewältigung der Folgen der Pandemie sind im Etat des Wirtschaftsministeriums hinterlegt: Insgesamt 39,5 Mrd. Euro werden hierfür in 2021 zur Verfügung stehen.

Epl. 16 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: Klimaschutz ist uns wichtig

Umwelt und Naturschutz sind für die SPD-Bundestagsfraktion von zentraler Bedeutung. In den parlamentarischen Verhandlungen haben wir daher durchgesetzt, dass der **Energie- und Klimafonds (EKF)** um 2,4 Mrd. Euro auf insgesamt 42,7 Mrd. Euro steigt. Darüber hinaus wurden auf unsere Initiative hin die Mittel für den **Kampf gegen die Vermüllung unserer Weltmeere** um 10 Mio. Euro auf nun 25 Mio. Euro aufgestockt. Auch der **Schutz der biologischen Vielfalt** in Deutschland ist uns wichtig. Uns ist es gelungen, die Mittel für das Bundesprogramm Biologische Vielfalt um 7,2 Mio. Euro zu erhöhen.

Darüber hinaus investieren wir in die **Digitalisierung**: Das Förderprogramm „Digital Innovation Hub for Climate“ erhält weitere 10 Mio. Euro, um Startups bei der Entwicklung digitaler Lösungen für den Umwelt- und Klimaschutz zu fördern.

Epl. 10 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Das Ziel der nachhaltigen Ernährung und Landwirtschaft

Um die **Wälder** in Deutschland nachhaltiger und damit resilienter gegen den Klimawandel zu machen, stellen wir insgesamt eine Milliarde Euro bereit. Insbesondere die von Dürre und Borkenkäfern geschädigten Wälder brauchen eine schnelle Hilfe. Dem Programm nachhaltige Forstwirtschaft kommen dabei 500 Mio. Euro zu gute. Zudem unterstützen wir private wie kommunale Waldbesitzer so unbürokratisch wie möglich.

Außerdem liegt uns eine gesunde **Ernährung** der Bürger*innen sehr am Herzen. Sie ist die Basis für ein gutes Leben und muss für Alle – unabhängig von sozialer Herkunft und Geldbeutel – möglich sein. Ein besonderer Erfolg der SPD ist deshalb die Bereitstellung von Mitteln für eine Studie zu den Ursachen und Auswirkungen von Mangelernährung bzw. Ernährungsarmut. Zudem haben wir uns für Ernährungskonzepte in Gemeinschaftsverpflegungen und gesundes Frühstück in Kitas und Schulen eingesetzt. Auch gehen wir verschiedene Vorhaben in der Zusammenarbeit mit den Tafeln

an, um Menschen mit geringen Einkommen ein gesundes Essen zu ermöglichen. Hervorzuheben ist auch die Informationskampagne zum „Nutri-Score“, einer Erweiterung des Ernährungskennzeichnungssystems, die Verbraucher*innen die gesündere Wahl erleichtert. Und auch der Ökolandbau ist uns wichtig: Wir stocken den Titel um 5 auf knapp 34 Millionen Euro auf.

Mit der so genannten „**Bauernmilliarde**“ stehen bis 2024 finanzielle Mittel zur Verfügung, damit Bauern das Gülleproblem nachhaltig angehen können.

Epl. 30 Bundesministerium für Bildung und Forschung: Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung

In den nächsten Jahren stellen wir über 1,2 Mrd. Euro für Bildung und Forschung zur Verfügung. Damit greifen wir **Auszubildenden und Studierenden** während der Corona-Pandemie unter die Arme. Mit den Mitteln stärken wir darüber hinaus die Alphabetisierung, die Wissenschaftskommunikation, die Erforschung der gesellschaftlichen Auswirkungen der Pandemie und die Gesundheitsforschung. Gleichzeitig stellen wir weitere Mittel bereit für **digitale Lehr- und Lernmaterialien**, für den Aufbau einer **nationalen Bildungsplattform** und Bildungszentren.

Epl. 04 Bundeskanzleramt: Kultur als Anker der Gesellschaft

Auch wenn wir derzeit in Zeiten von Corona notgedrungen mit einem Stillstand des Kulturbetriebes leben müssen, gibt der Haushalt Zuversicht für unser Kulturleben. Die parlamentarischen Beratungen konnten den Etat erneut erhöhen – auf mehr als 2 Mrd. Euro. Diese gehen unter anderem in unsere **Erinnerungskultur**: Beispielsweise wird im Baubereich das bewährte Denkmalschutz-Sonderprogramm mit 70 Millionen Euro erneut aufgelegt. Außerdem stärken wir die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft sowie der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Um die Industriegeschichte Deutschlands, das heißt den Strukturwandel in den Regionen zu dokumentieren, stärken wir mit der Förderung der Völklinger Hütte in Höhe von rund 19,5 Millionen Euro in den nächsten vier Jahren eines der bedeutendsten Industriedenkmäler Europas.

Außerdem wird der **Filmstandort Deutschland** mit einem Aufwuchs für das Zukunftsprogramm Kino mit zehn Millionen Euro zusätzlich bezuschusst. Das Kino International erhält als zentraler Spielort unter anderem bei der Berlinale 4,3 Millionen Euro.

Kinos sind zentrale Kultur- und Begegnungsorte und wir wollen ‚Kultur für alle‘ in Stadt und Land unterstützen.

Zur Stärkung der **Gleichstellung von Frauen in Kultur und Medien** gibt es rund zwei Millionen Euro. Sie dienen der Finanzierung der Vertrauensstelle gegen sexuelle Belästigung und Gewalt in der Film-, Fernseh- und Theaterbranche (Themis) sowie der Erstellung einer wissenschaftlichen Studie und einer Datenbank.

Epl. 05 Auswärtiges Amt: Internationale Herausforderungen verlangen Mittelaufstockung

Der Haushalt des Auswärtigen Amtes für 2021 konnte auf das Allzeithoch von 6,3 Mrd. Euro gesteigert werden. Allein der Titel der **Humanitären Hilfe** konnte gegenüber dem ursprünglichen Ansatz um 170 Mio. Euro erhöht und damit auf insgesamt 2,11 Mrd. Euro angehoben werden. Weitere Verbesserungen betreffen u.a. das **Krisenfrüherkennungsprojekt Preview**, Mittelserhöhungen für das **Zentrum für Internationale Friedenseinsätze**, **Menschenrechtsmaßnahmen** und die **politischen Stiftungen**. Auch die **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik** legt weiter zu – auf 1,077 Mrd. Euro. Diese Aufwüchse kommen u.a. dem Goethe-Institut, dem DAAD und den Auslandsschulen zugute. Weitere Mittel sind für die Zusammenarbeit mit Ländern der östlichen Partnerschaft und Russland vorgesehen. Für Afrika und Menschenrechtsprojekte konnten darüber hinaus zahlreiche neue Stellen geschaffen werden.

Epl. 14 Bundesministerium der Verteidigung: Für den Schutz unserer Soldat*innen

Als SPD-Bundestagsfraktion wollen wir für die Soldat*innen der Bundeswehr die bestmögliche **Ausrüstung** erreichen. In den Verhandlungen zum Haushalt des BMVg haben wir deshalb durchgesetzt, dass dem BMVg zusätzlich 17,5 Mio. Euro für die persönliche Ausrüstung für die Soldat*innen zur Verfügung stehen. Damit fördern wir den Schutz unserer Soldat*innen und steigern die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber.

Epl. 23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit

Im Rahmen der parlamentarischen Beratungen zum Etat für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung haben wir mit 12,4 Mrd. Euro zum wiederholten Mal einen Rekord-Haushalt aufgestellt – und dabei sozialdemokratische Schwerpunkte wesentlich gestärkt. Ein Beispiel sind die Etats der **UN-Programm** zur Stärkung von Mädchen und Frauen sowie für Grundbildung, die wir entscheidend angehoben haben. Des Weiteren erhalten private Träger für Projekte in den am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) zusätzlich 50 Millionen Euro.

Und auch der Grundbetrag für das **UN World Food Program** wurde nahezu verdoppelt. Damit bringen wir unsere Anerkennung für den im Oktober 2020 verliehenen Friedensnobelpreis an das Programm zum Ausdruck. Konflikte, Klimawandel und COVID-19 sind Brandbeschleuniger einer immer schlimmeren globalen Hungerkrise.

Epl. 06 und 21: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat: Investitionen in den Zusammenhalt der Gesellschaft

Für den Bereich Inneres, Bau und Heimat stellen wir im Jahr 2021 insgesamt 18 Mrd. Euro bereit – 2,6 Mrd. Euro mehr als im Vorjahr. Für die **innere Sicherheit** steigen die Mittel gegenüber dem bisherigen Finanzplan erneut an: auf rund 7,4 Mrd. Euro. Damit stärken wir (erneut) die Sicherheitsbehörden des Bundes, allen voran das Bundeskriminalamt.

Wesentlich für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land sind Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Daher unterstützen wir vielseitige Projekte, beispielsweise zur Stärkung des jüdischen Lebens oder Integrations- bzw. Sprachkurse. Erst vergangene Woche hat sich der **Kabinettausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus** auf ein Maßnahmenpaket geeinigt. Die dafür beschlossenen 150 Mio. Euro sind im Einzelplan der Allgemeinen Finanzverwaltung hinterlegt und werden auf die zuständigen Ressorts verteilt.

Mit 2,16 Mrd. Euro statten wir unsere **Verwaltung** aus, um sie digital voranzubringen. Geld geht zudem in den **Bevölkerungs- und Katastrophenschutz**, denn gerade in Zeiten der Pandemie zeigt sich, wie wichtig eine gute Vorsorge und das Vorhandensein von Strukturen sind. Außerdem werden Gelder in das gut nachgefragte Pro-

gramm „Altersgerecht Umbauen“, in innovative Konzepte für unsere Innenstädte sowie in die Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur fließen.

Epl. 07 Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz: Bürger*innen schützen – in vielerlei Hinsicht

Für das kommende Jahr sind für den Bereich Justiz und Verbraucherschutz Ausgaben von insgesamt etwa 957 Mio. Euro geplant – rund 5,3 Mio. Euro mehr als ursprünglich im Haushaltsentwurf vorgesehen. Dazu haben wir als SPD in den Haushaltsberatungen wichtige Änderungen vorgenommen.

Gewalt gegen Frauen geschieht täglich – auch mitten unter uns. Im Zuge der derzeitigen COVID-19-Pandemie hat sich die Lage noch weiter zugespitzt. Wir nehmen Geld in die Hand und unterstützen mit fast 1,7 Mio. Euro die Entwicklung einer „Inkognito-App“, die durch eine integrierte Notruf Funktion neue Zugänge zu den Betroffenen schafft. Diese enthält ein Gewalttagebuch zur gerichtsfesten Dokumentation von Verletzungen und Sachbeschädigungen.

Mit weiteren 350.000 Euro stärken wir das „**Anne Frank Zentrum**“. **Damit werden** unter anderem Schulen samt Schülerinnen und Schülern sowie deren Lehrkräfte in ihrem Engagement für Demokratie und Gleichberechtigung unterstützt.

Außerdem muss – wie in vielen anderen Bereichen auch – die **Digitalisierung der Justiz** weiter vorangetrieben werden. Wir stärken die Forschung und erhöhen die Mittel dafür um 1,4 Mio. Euro. Ziel ist es, einen digitalen und schnelleren Zugang zu den Dienstleistungen der Gerichte für die Bürger*innen zu schaffen.

Die sogenannten **Marktwächter-Projekte**, mit denen der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) gemeinsam mit den Verbraucherzentralen bundesweit bisher die Märkte im Bereich Finanzen, Digitales und Energie beobachtet, haben sich als ein sehr erfolgreiches Frühwarnsystem bewährt. Dieselben Erfolge wollen wir in den Bereichen Gesundheit, Verbraucherbildung und Klimaschutz verzeichnen. Dafür stellen wir der Verbraucherzentrale Bundesverband knapp 840.000 Euro bereit.

Epl. 15 Bundesministerium für Gesundheit: Die Gesundheit als höchste Priorität

Wir nehmen Geld in die Hand, um Deutschland schnell aus der Corona-Krise zu führen. Daher ist es eine gute Nachricht, dass wir uns für den Haushaltsplan des BMG nach ursprünglich 24,3 Mrd. Euro nun abschließend auf einen Etat von 35,3 Mrd. Euro geeinigt haben. Die zusätzlichen Mittel gehen in verschiedene Maßnahmen zur **Stärkung des Gesundheitssystems**.

Mit den zusätzlichen Mitteln wollen wir unter anderem auch den **Kampf gegen AIDS** weiter angehen: Der Beitrag Deutschlands für das UNAIDS-Programm bleibt stabil – anders als von der Bundesregierung geplant – bei fünf Millionen Euro. Für die AIDS-Prävention mit Schwerpunkt Jugendliche in Deutschland sind zusätzliche Mittel in Höhe 320.000 Euro vorgesehen. Und auch die Deutsche Aidshilfe selbst wird gestärkt: Der Etat erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um 400.000 Euro auf nun insgesamt 6,4 Mio. Euro.

Des Weiteren sind zusätzliche Gelder für Beratungsangebote und zur Prävention und Bekämpfung von **psychischen Belastungs- und Krisensituationen** sowie für die **Förderung der Kindergesundheit** vorgesehen.

Epl. 17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Etat des Familienministeriums auf Rekordniveau

Der Etat des Familienministeriums erreicht mit **über 13 Mrd. Euro** im kommenden Jahr ein neues **Rekordniveau** - und verzeichnet damit gegenüber 2020 einen Aufwuchs um gut 885 Mio. Euro. Mehr als 80 Prozent des Etats sind dabei für gesetzliche Leistungen wie Elterngeld und Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende vorgesehen – damit unterstützen wir im kommenden Jahr kräftig die Familien in Deutschland: Durch die wachsende Nachfrage steigt der Ansatz des **Elterngelds** im nächsten Jahr um rund 235 Mio. Euro auf 7,49 Mrd. Euro, beim **Unterhaltsvorschuss** stellt der Bund insgesamt 1 Mrd. Euro bereit. Gleichzeitig investieren wir in eine gute Infrastruktur: Mit dem Gute-Kita-Gesetz, den Mitteln für den Ausbau der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern und der Fortführung der Sprach-Kitas fördern wir die frühkindliche Bildung ebenso wie die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Dass eine wehrhafte Demokratie elementar ist, haben wir erneut in den vergangenen Wochen erfahren. Deshalb setzen wir uns ein für Initiativen gegen Rassismus und

Diskriminierung und für mehr Prävention: Das Programm „**Demokratie leben**“ erhält zusätzlich 35 Mio. Euro und damit insgesamt 150,5 Mio. Euro.

Der Haushaltsausschuss hat außerdem vorgesehen, dass wir auch in 2021 **Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe** bei der Bewältigung der Auswirkungen aus den Corona-bedingten Einschränkungen finanziell unterstützen können – mit weiteren 100 Mio. Euro.

Dank unserer Initiative setzen wir auch gleichstellungspolitisch im Haushalt 2021 wichtige Akzente: So ebnen wir den Weg für eine **Bundesstiftung Gleichstellung** – und stellen hierfür 3 Mio. Euro zur Verfügung, in den Folgejahren sind dann bis einschließlich 2024 jeweils 5 Mio. Euro vorgesehen.

Bei den **Freiwilligendiensten** – Jugendfreiwilligendienste und Bundesfreiwilligendienst (BFD) – haben wir den Maßgabebeschluss aus den letzten Beratungen umgesetzt und es geschafft, dass das Niveau von 2020 auch im kommenden Jahr gehalten wird: Insgesamt 120 Mio. Euro stehen für die Jugendfreiwilligendienste und 207 Mio. für den BFD zur Verfügung.

Im Bereich des **Bundesaltenplans (BAP)** haben wir als SPD-Fraktion in den parlamentarischen Beratungen rund 5,4 Mio. Euro zusätzlich durchgesetzt. Neben Projekten wie der „Demografiewerkstatt Kommune“ oder „Queer im Alter“ fördern wir verschiedene Projekte im Bereich Hospiz- und Palliativmedizin sowie rund um das Thema Sterben/Sterbebegleitung.

Epl. 12 Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur: Mit aller Kraft für eine klimafreundliche Mobilität

Auch den Bereich **Verkehr** müssen und werden wir in den kommenden Jahren weiter umbauen - er ist der größte Investitionsblock im Haushalt 2021: Über 18 Mrd. Euro werden in die Straße, Schiene und Wasserstraße fließen. Außerdem haben wir in der parlamentarischen Nachbereinigung den Etat für die Deutsche Bahn und den Ausbau der **klimafreundlichen Schiene** deutlich erhöht. Ansonsten stellen wir die Weichen für die Mobilität und Kommunikation von morgen: Radwege, alternative Kraftstoffe, Breitbandausbau sind Stichpunkte für die Stoßrichtung des Haushaltsplans.

Im Bereich der **digitalen Infrastruktur** ist es wichtig, die Kommunikationstechnologie am Puls der Zeit zu halten. Der Bund wird in den Jahren 2021 bis 2024 mindestens 2 Mrd. Euro in den **Roll-Up von 5G**, perspektivisch 6G, investieren.

Epl. 11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Arbeit erhalten, gesetzliche Rentenversicherung stabilisieren

Der Einzelplan 11 steht für sozialen Zusammenhalt. Er sichert Arbeit und stabilisiert die gesetzliche Rentenversicherung. Mit rund 165 Mrd. Euro, das sind ca. 33 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes, setzt der Etat des BMAS mit der weiteren Umsetzung des Sozialen Arbeitsmarktes als Regelinstrument, der finanziellen Stabilisierung der Bundesagentur für Arbeit und der Einführung der Grundrente für über 1,3 Mio. Menschen im Land starke sozialpolitische Impulse.

Menschen, die besonders von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, werden auch im nächsten Jahr die notwendige Unterstützung beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erhalten. Die SPD hat erreicht: Der **Soziale Arbeitsmarkt** wird 2020 mit 1 Mrd. Euro finanziert und bis 2024 mit 4 Mrd. Euro finanziell abgesichert.

Mit der Bearbeitung und Auszahlung des **Kurzarbeitergeldes** hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) entscheidend dazu beigetragen, in dieser Corona-Pandemie Arbeitsplätze zu erhalten und Menschen vor Arbeitslosigkeit zu schützen. Dafür musste die BA aber ihre Rücklagen aufbrauchen. Damit sie auch in den Folgejahren handlungsfähig bleibt und sich auf die Integration in Arbeit und die Durchführung von Weiterbildung konzentrieren kann, unterstützen wir die BA 2021 mit einem Zuschuss in Höhe von 3,35 Mrd. Euro.

Der Einzelplan **stabilisiert und stärkt die Rente** von heute und morgen. Bis 2023 steigen die Zuschüsse an die Rentenversicherung auf über 116 Mrd. Euro an. Damit setzen wir als SPD das Signal: Die gesetzliche Rentenversicherung ist die wichtigste Säule der Alterssicherung. Umso mehr können wir stolz darauf sein, dass wir die **Grundrente** gegen den erbitterten Widerstand der Union durchgesetzt haben – und die Menschen auf die Anerkennung ihrer Leistung in Form der Grundrente einen Rechtsanspruch haben. Im Haushalt 2021 sind ab dem 1. Januar 2021 insgesamt 1,4 Mrd. Euro für die Einführung dieser Rentenleistung vorgesehen.

Einen Schwerpunkt setzen wir auch im nächsten Jahr auf die **Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen**. Mit rund 511,5 Mio. Euro finanzieren wir unter anderem die weitere Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, den Ausbau unabhängiger Beratungsstrukturen sowie den Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.